

/// Handelsbeziehungen unter Trump

ZEIT ZU HANDELN!

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Donald Trump bleibt mit seinem impulsiven Verhalten und seinem chaotischen Führungs- und sehr rustikalen Kommunikationsstil auch nach der Wahl ganz er selbst. Viele Experten hofften, dass das Amt ihn mäßigen und „zivilisieren“, ihn auf demokratische und diplomatische Gleise setzen würde, denn die Handlungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten sind von immenser Bedeutung für Staaten und Menschen. Aber die Realität zeigt anderes.

Plan und Wirklichkeit

Dennoch, und das könnte durchaus spielentscheidend sein – weite Teile der Exekutive, Judikative, der Verwaltung, Medien und auch der Zivilgesellschaft machen trotzdem ihren Job. Ausgebildete und erfahrene Experten sowie engagierte Bürger wie etwa die Initiative „Americans for Affordable Products“¹, die jenseits der Tweets, Tiraden und der präsidentiellen Ungeschicktheit agieren, kümmern sich darum, dass neuralgische Pfeiler in den unterschiedlichen Politikfeldern am Leben bleiben. Sie warten die Nachhaltigkeit der präsidentiellen Aussagen ab, handeln ggfls. auch konträr dazu und reagieren vor allem nicht auf (Twitter-)Anweisungen, die heute erklären, die NATO sei obsolet, und am nächsten Tag zwitschern, sie sei selbstverständlich nicht obsolet. Sie halten an den demokratischen Regeln

und Grundpfeilern internationaler Zusammenarbeit fest und sind vor allem loyal ihrer eigenen Institution und ihrem Land gegenüber. Der Fels in der Brandung sind die pro-amerikanische

Trumps **CHAOTISCHER** Führungsstil fordert Staat, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Gesinnung, der Anstand vieler Akteure und das tiefere Verständnis politischer Zusammenhänge, insbesondere im außenpolitischen bzw. internationalen Bereich.



... made in America? Die
Präsidentengattin Melanie
Trump setzt bei ihren modi-
schen Statements wie hier
im Mai auf dem G7-Gipfel
lieber auf italienische
Couture.

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

Das ist auch in der Handelspolitik erkennbar. Donald Trump hat im Wahlkampf gepoltert, dass er mit dem Rasenmäher über handelspolitische Auswüchse fahren werde, und diese sah er nahezu überall. NAFTA, das „schlechteste Freihandelsabkommen überhaupt“, sollte spätestens an seinem hundertsten Tag im Amt gekündigt werden. Dafür war bereits alles vorbereitet. Er erklärte: „Ich habe mich darauf gefreut, das zu beenden. Ich wollte es tun.“ Offenbar aber waren es Handelsminister Wilbur Ross und Landwirtschaftsminister Sonny Perdue, die den Präsidenten dazu brachten, auf die Kündigung zu verzichten und stattdessen neue Verhandlungen anzusetzen. Perdue soll eine Karte mit ins Weiße Haus gebracht haben, die aufzeigte, dass vor allem die Staaten, die Trump gewählt hatten, von einer Kündigung des Vertrages negativ betroffen wären. Darauf reagierte der selbsternannte Dealmaker in einem Interview mit der Washington Post wiederum so: „Der Austritt aus NAFTA wäre ein Schock für das System.“²

Grenzzölle / Border Adjustment Tax

Die angekündigten Grenzzölle Border Adjustment Tax (BAT) von bis zu 35 %, etwa für BMW-Exporte von Mexiko nach Amerika, sind bis heute Theorie geblieben. Betroffen wären davon vor allem Unternehmen mit geringen Wertschöpfungsanteilen in den USA selbst, sprich solche, die dort nicht produzieren. Das Repräsentantenhaus zeigt keine Neigung, einer BAT zuzustimmen, und im Senat sind sich die Republikaner alles andere als einig. „Americans for Affordable Products“, wohinter über 100 Firmen und Handelsvereinigungen

stehen, sind gegen BAT, mit dem Hinweis, dass dies zu höheren Verbraucherpreisen führen würde.³ Kritiker sehen darin ohnehin weniger ein handelspolitisches Moment als einen Weg, die Staatseinkünfte zu erhöhen, um den Wachstumsvorstellungen des Präsidenten zu entsprechen.⁴ Mittlerweile hat sich Trump offenbar selbst von den Plänen distanziert.⁵

Freihandel und Welthandelsorganisation

Beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 stellte sich Trump zwar ostentativ gegen das Klimaabkommen, nicht aber gegen das Bekenntnis zum Freihandel. Die Vereinigten Staaten unterzeichneten das Papier, in dem Protektionismus und unfaire Handelspraktiken abgelehnt werden, wenngleich die Definition dessen, was faire Handelspraktiken sind, auch hier relativ nebulös bleibt. Die Unterschrift war aber keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, denn Anfang März hatte die Trump-Administration die 336-seitige „2017 Trade Policy Agenda“ an den Kongress geschickt, in dem es in dem Kapitel „The President’s Trade Policy Agenda“ darum geht, die „America first“-Parole hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorstellungen des Präsidenten anzuwenden. Die wichtigste Aussage ist, dass die Verteidigung nationaler Souveränität Vorrang vor der Handelspolitik hat und damit nicht den Entscheidungen der Welthandelsorganisation (WTO) entsprechen muss. Das ist im Grundsatz nichts Neues, denn die Regelungen der WTO haben nur dann Gültigkeit, wenn sie durch nationale Gesetze beschlossen werden. Neu aber ist die Aggressivität, mit der der nationale Kontext vor einen kooperativen Ansatz geschoben wird.

Dabei ist es für eine große wirtschaftliche Macht wie die USA durchaus machbar, als Regelbrecher aufzutreten und quasi mit einem Austritt aus der WTO zu drohen. In der Quintessenz wäre ein solches Vorgehen aber auch für Amerika ein echtes Problem. Denn letztlich ist die WTO ein Schutzschild, unter dem die 164 Mitglieder sich an vereinbarten Regelungen wie etwa gemeinsame Zollsätze orientieren. Eine völlige Abkehr davon wäre der Schritt in ein Chaos, denn die WTO steht nicht nur für eine Liberalisierung des Welt Handels, sondern strukturiert und regelt das System auch, wodurch es Sicherheit und Stabilität bekommt.

Der Austritt Amerikas aus der WTO hätte **FATALE Folgen für alle Beteiligten.**

Dass die Trump-Administration inzwischen nicht mehr von einem Austritt aus der WTO spricht, sondern sich auf die von der WTO legitimierten handelspolitischen Schutzzölle konzentriert, lässt vermuten, dass eine Abkehr von den globalen Prinzipien, zumindest derzeit, nicht weiter verfolgt wird. Da aber auch die G20-Erklärung weder genaue Angaben dazu macht, was sie unter „fairer Handel“ versteht, noch darüber, was legitime Schutzzölle sind, scheinen hier Konflikte vorprogrammiert zu sein. Dumping und Subventionen, beides Instrumente, um den fairen Ausgleich respektive faire Wettbewerbsbedingungen

zwischen den Handelspartnern zu unterlaufen, kann mit Schutzmaßnahmen begegnet werden. Sowohl die USA als auch die EU nutzen diese Möglichkeit sehr intensiv. Pro Jahr sind rund 500 Anti-Dumping-Untersuchungen bei der WTO anhängig und immer wieder gab und gibt es dabei Unstimmigkeiten über Berechnungsmethoden, auch schon in der Zeit vor Trump.

Zölle zum Schutz der nationalen Sicherheit stehen somit konsequenterweise bei Trump und seinem Team sehr weit vorne auf der handelspolitischen Agenda und korrelieren mit dem auch für die einheimische Industrie geltenden „America first“-Anspruch. Die Schutzfunktion von Zöllen war und ist aber umstritten. Aktueller Fall ist gerade die Stahlproduktion. Derzeit trägt China etwa die Hälfte des weltweiten Handels mit Rohstahl. Die USA sehen darin eine Benachteiligung ihrer Industrie und befürchten Dumpingpreise, die die eigene Industrie in die Knie zwingen könnten. Trump hat deshalb seine Minister aufgefordert zu prüfen, ob mit den Stahlimporten die nationalen Interessen Amerikas bedroht werden. Wäre das der Fall, dürften die USA im Rahmen der WTO legitimierte Gegenmaßnahmen ergreifen. Aber bereits jetzt haben Wirtschaftsunternehmen Bedenken angemeldet und darauf hingewiesen, dass von solchen Zöllen aufgrund der internationalisierten Wertschöpfungskette auch die einheimische Industrie negativ betroffen sein würde, und sie warnen vor Nachahmungseffekten. Dies befürchtet ebenso die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries⁶ und unter den Kritikern findet sich auch das amerikanische Verteidigungsministerium⁷. Das „Stahl“-Thema stand auch raumgreifend auf der Agenda der G20-Verhand-

lungen, aber an einer konsensualen Lösung wird noch gearbeitet. Im November 2017 sollen Vorschläge dazu präsentiert werden. Ob Trump so lange warten will oder politisch gesehen warten kann, bleibt abzuwarten.

Für Trump hat nationale Souveränität **VORRANG** bei der Handelspolitik.

Handelsbilanzungleichgewichte

Eine gewisse Lernfähigkeit hat Trump bei einem seiner Lieblingsthemen, den Handelsbilanzungleichgewichten, gezeigt. China und Deutschland stehen ja abwechselnd an erster und zweiter Stelle in Sachen Leistungsbilanzüberschuss und sind somit Exportweltmeister bzw. Vizeexportweltmeister. Trump hat im Wahlkampf viel Zuspruch für die Argumentation gefunden, dass die USA als Land mit Handelsbilanzdefiziten von den ausländischen Industrien geschädigt werde und dass man diesem „unfairen Vorgehen“ entgegenwirken könne, indem man einfach die Importe verringere, z. B. durch Zölle. Mit unfair meinte er u. a. Währungsmanipulationen der beiden größten Überschussländer. Aber anstatt die Chinesen, wie im Wahlkampf angekündigt, nun als Wechselkursfälscher zu brandmarken, erklärte er im Zusammenhang mit dem Nord-Korea-Konflikt: „Die Chinesen sind keine Währungsmanipulatoren.“⁸ Auch gegenüber Deutschland ließ er Milde walten, nachdem ihm sowohl die Bundeskanzlerin als auch Finanzminister

Schäuble sehr eindringlich erklärt hatten, dass Deutschland keine Währungspolitik betreibe, weil die Kompetenzen dafür ausschließlich bei der EU lägen. Es scheint, dass diese Facette des Konflikts damit weitgehend von der Agenda genommen wurde.

Für die Exportstärke spielen neben dem Preis der Produkte auch Qualität, Image, Design, Innovationsgrad und Technologie eine wichtige Rolle. Wenn Donald Trump beklagt, dass es so wenig Chevis in Deutschland und so viele BMWs in Amerika gäbe, dann haben darüber in erster Linie ja die Konsumenten entschieden. Aber auch hier kann ein wenig Statistik Klarheit bringen. Zum einen gehört Chevrolet zum General Motors-Konzern, der den Chevi in Deutschland nicht offensiv bewirbt, dafür aber mit der dazugekauften Marke Opel durchaus auch im deutschen Markt punktet. Zum anderen rangieren deutsche Autos in den USA an dritter Stelle im Gesamten der Autoimporte.

Trotzdem bleibt natürlich die Tatsache, dass Deutschland gegenüber den USA 2016 einen Überschuss von 49 Milliarden Euro aufwies und es ist in der Wahrnehmung von Trump daher konsequent, dass er sein Wirtschaftsministerium via „Executive Order“ beauftragte, die Handelspraktiken der US-Partner genau zu untersuchen. Auf dem G7-Gipfel in Taormina wurde nun beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich explizit mit dem Leistungsbilanzüberschuss auseinandersetzen soll. Unabhängig davon sollte gerade Deutschland versuchen, die Geldströme, die dem Warenexport gegenüber stehen, in innovative Projekte zu investieren.

Als erstes Fazit bleibt festzuhalten: Das sehr dezidierte und harsche Vor-

gehen des Präsidenten auf der handelspolitischen Ebene wurde ein ganzes Stück zurückgefahren. Das liegt sicher zum einen daran, dass sich nach und nach zeigte, dass der internationale Handel kein Nullsummenspiel nach dem Motto „Wenn Du mehr exportierst, dann bestrafe ich Dich, damit das Ganze wieder ausgeglichen ist“ darstellt. Handel ist kein einfaches Ursache-Wirkungs-Geflecht. Die USA werden die massiven Vernetzungen, die auf ganz verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Ausprägungen bestehen, nicht mit einseitigen und drastischen Maßnahmen lösen können. Bis jetzt hat sich Amerika nicht vom Grundkonsens ökonomischer Erkenntnisse verabschiedet. Trotzdem bleiben die Vorbehalte des Präsidenten und seines Stabes, ein Mosaik von Annahmen, weiter bestehen. Dieses sollte man sich genau ansehen, um zu verstehen, was Trump und seine Gefolgschaft anleitet und was die Exekutive zu verhindern weiß.

Vulnerabilität verbietet Alleingänge

Die gegenseitige Abhängigkeit im Handelsbereich ist massiv und macht alle Beteiligten auf unterschiedlichste Art verletzlich. Diese Vulnerabilität verbietet den rationalen Akteuren handelspolitische Alleingänge. Bisher ist es gelungen, Trump den Bumerangeffekt seiner

protektionistischen Pläne zu verdeutlichen.

Manche Vernetzungen sind bereits so in unserem Selbstverständnis verankert, dass wir die Widersprüche im Denken und Handeln nicht mehr so einfach erkennen können. Im Bereich der Trumpschen „Buy American, hire American“-Politik ist es dann schon ein Zeichen von Reflexion, dass der Präsident bei der Präsentation dieses Prinzips einen amerikanischen Hut und nicht wie gewöhnlich sein „America First-Cap!-Made in China“ trägt. Wahrscheinlich blendet er die tatsächlichen Vernetzungen und Regeln des Wettbewerbs für einen möglicherweise höheren Sinn seines Konzeptes aus.

Dass Nebensächlichkeiten in den Blickpunkt geraten, sich Gazetten z. B. überschlagen, weil Melania Trump eine 50.000 Euro teure Haute-Couture-Jacke von Dolce & Gabbana trägt, anstatt auf amerikanische Designer zu setzen, wie das etwa Michelle Obama bevorzugt tat, kann nicht unabhängig von der Aktion „Made in America“ gesehen werden. Es ist ja Donald Trump, der die Symbolik hoch hält und er wird dabei nicht nur beim Händedruck gemessen. Der Präsident spricht davon – als Republikaner eigentlich selbstredend –, dass er sich freiem Handel nicht verschließen möchte. Aber er will fairen Handel. Nun ist fairer Handel an sich ein schwieriger Begriff, den jeder aus seiner Perspektive betrachtet. Die größte Einigkeit besteht vermutlich in dem Wunsch oder der Absicht, Ausbeutung in den arbeitsintensiven Ländern zu verhindern. Und schon stellt man fest, dass Ivanka Trump, die positionslose Tochter des Präsidenten mit Büro im Weißen Haus, ihre Kleiderkollektionen, und was auch immer sie am Markt anbietet, mehrheitlich in Ban-

Die hohe gegenseitige ABHÄNGIGKEIT verbietet rationalen Akteuren Alleingänge.

„Amerika First“ ist die **PAROLE** der Kleingeister in einer globalisierten Welt.

gladesh fertigen lässt. Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, Spross einer Immobilienfamilie und bis vor Kurzem im direkten Wettbewerb mit Steve Bannon um die Position des Chefberaters, verhandelt mit chinesischen Investoren über ein Hotelimperium und hat auch die saudischen Prinzen klar im Blick. Ökonomisch mag all das in der Diagnose wenig miteinander zu tun haben. Politisch ist es ein Zeichen für eine aktive Globalisierung, welche aber gerade Trump mit seinem „America First“ in kleingeistige Nischen zurückdrängen will.

Kritisch dabei ist, dass die Verbindungen zwischen den Staaten und Gesellschaften mittlerweile so ein Maß an Verflechtung angenommen haben, dass kein einzelner Staat, auch nicht die USA, einseitig Verbindungen kappen, auflösen oder neu interpretieren kann. Die Beziehungen sind zu eng verwoben, als dass ein einzelner Austritt möglich wäre, ohne dass es zu Benachteiligungen für die Menschen im eigenen Land käme. Die Dichte dieser Verflechtungen kann zu einer grundsätzlichen Annäherung führen, auf jeden Fall aber zu profunden Abhängigkeiten. In der Realität einer globalisierten Welt ist das bereits zu sehen. Diese Vulnerabilität ist es, die den Protektionismus zu einer anachronistischen, maximal kurzfristig wirkenden Maßnahme macht.⁹

Auslandsinvestitionen und Wertschöpfungsketten

Der hohe Anteil an Foreign Direct Investment gerade zwischen Deutschland / Europa und den USA steht für diese Verflechtung und Verletzbarkeit. Am Beispiel des Automarktes stellt sich das so dar: Im BMW-Werk in Spartanburg, South Carolina, mit 8.000 Beschäftigten wurden 2016 411.000 SUVs produziert, 70 % davon für den Export. In Chattanooga hat VW im selben Jahr 150.000 Passats gebaut. Auch 3.200, vorwiegend amerikanische Staatsbürger haben hier einen bis dato krisensicheren Job. Die schweren Strafzoll-Geschütze, die Trump zunächst gegen BMW und deren Plan, ein Werk in Mexiko zu bauen, abfeuerte, sind mittlerweile zu Strohfeuern geworden. BMW wird in Mexiko weiter bauen.¹⁰ Ob und wie weit die Autoindustrie auf Trumps handelspolitische Rundumschläge damit reagiert, tatsächlich mehr in den USA zu investieren, bleibt abzuwarten.

Vulnerabilität entsteht auch durch die Globalisierung von Wertschöpfungsketten bzw. die Fragmentierung des Produktionsprozesses. Zulieferer werden in diesem Prozess zu neuralgischen Stellen, wie wir es im Bereich der Automobilindustrie beispielsweise bereits erlebt haben. Ganze Fabriken standen wegen fehlender Kleinteile still.

Sollte der Präsident seine Drohungen wahr machen und einseitige Maßnahmen ergreifen, muss er mit Gegenmaßnahmen rechnen. Die Handelspolitik bietet eine ganze Reihe an offenen, verdeckten und schikanösen Hindernissen für den freien Handel. Aber es gilt dabei, das Motto zu beachten: „Man weiß immer, womit ein Handelskrieg beginnt, aber nie, wohin er führt.“

Amerika ist ein sehr gewichtiger Handelspartner für die EU, Deutschland und Bayern. 2016 gab es 4.700 Unternehmen in den USA mit deutscher Beteiligung. Sie sorgten für 670.000 Arbeitsplätze und standen für einen Umsatz von 360 Milliarden Euro. 11,2% aller bayerischen Exporte gingen im selben Jahr in die USA. Das bedeutet Waren im Wert von 20,6 Milliarden Euro. 15% aller bayerischen Foreign Direct Investments finden sich in den USA.

Die USA sind und bleiben ein sehr **WICHTIGER Handelspartner für Deutschland und Bayern.**

Neue Akteure, neue Koalitionen

Es ist deshalb mehr als anzuraten, die Transatlantischen Beziehungen durch permanenten Austausch positiv zu unterstützen. Das heißt nicht, darauf zu verzichten, mit anderen potenziellen Partnern auch Kontakt zu suchen und engere (Handels-)Beziehungen anzugehen. Und tatsächlich sind diese Prozesse längst im Gange. Im März 2017 lud die Pazifik-Allianz (Mexiko, Kolumbien, Peru, Chile) die TPP-Länder plus China und Südkorea, aber ohne die USA ein, um über gemeinsame Handelsabkommen zu sprechen. Bis es zu einer Ratifizierung kommt, wird eine Menge Zeit ins Land gehen, aber die Absicht und Erstellung solch neuer Formen der Handelskooperation sind starke politische Signale. Auch die Mercosur-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Para-

guay) redet mit der Pazifik-Allianz und führt Gespräche mit Europa. Und Kuba steht für Europa ebenso auf der Liste interessanter Partner, während die USA sich hier weiter distanzieren.

In der Summe ändern diese Neuausrichtungen nicht nur das handelspolitische Gefüge, sondern auch das Spiel der Kräfte in der internationalen Politik. Insbesondere China nutzt das Zeitfenster der Trump-Regierung, die durch ihre „America first“-Politik zu einer neuen Form des Isolationismus findet, das dadurch entstehende Vakuum zu füllen. Der chinesische Präsident Xi Jinping hielt beim 47. Treffen des World Economic Forums in Davos ein Plädoyer für den Freihandel. China stehe für ein offenes und transparentes Freihandelsregime. Exklusive und bilaterale Abkommen, wie sie Trump favorisiere, lehne China ab.¹¹ Xi Jinping gab dort den „Anti-Trump“ und lud Investoren ein, durch die weit offenen chinesischen Türen zu gehen. Ob und wie weit die Europäer, Deutschen und die Bayern in China einen verlässlicheren Partner sehen können, was Standards, Transparenz und Investorenschutz angeht, bleibt eine spannende Frage.

Europa kann handeln

Bundeskanzlerin Merkel hat ausgesprochen, was viele andere Staaten ebenso sehen und für sich selbst nutzen, nämlich, dass Amerika nicht mehr der verlässliche Partner ist, der er einst war, und dass es gilt, die Augen offen zu halten und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.¹² Das ist eine neue Phase in den Beziehungen Deutschlands bzw. Europas mit den Vereinigten Staaten. Man kann davon ausgehen, dass sich das auch wieder ändern wird, und es wäre daher fahrlässig, die Situation nicht zu

nutzen, um das eigene Standing in der Welt- und Handelspolitik zu stabilisieren und auszubauen.

Denn, auch wenn die protektionistischen Kernsätze des Präsidenten seit seinem Amtsantritt zusammengeschmolzen sind, bleiben doch grundsätzliche Positionierungen bestehen, die eine weitere Emanzipation Europas mehr als sinnvoll erscheinen lassen, wie etwa

Kommentare des amerikanischen nationalen Sicherheitsberaters General H. R. McMaster und von Gary D. Cohn, dem Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftsrats, und nachfolgend von Constanze Stelzenmüller pointiert zusammengefasst, zeigen: „Der nationalistische Grundton wird noch schärfer. Und die Europäer werden nur gebraucht, wenn es den Interessen der USA dient.“¹³

Abb. 1



Auch wenn Außenminister Rex Tillerson beschwichtigt und zwischen Werten und Strategien unterscheidet,¹⁴ bleibt die Notwendigkeit, auch in Worst-Case-Szenarien zu denken.

Europa tut gut daran, sich von Amerika zu **EMANZIPIEREN** und gleichzeitig Partner zu bleiben.

Handelspolitisch gesehen stellt CETA hier einen Meilenstein dar, denn es vertieft die Bindung zwischen Europa und Kanada, auch wenn es dazu eine Reihe von Protesten, insbesondere in der deutschen Bevölkerung, gab. Auch der Handelsvertrag mit Japan dient einer weiteren Stabilisierung des Welt Handels und die Hinwendung zur Mercator-Gruppe stärkt die Position Europas in einem derzeit sehr dynamischen Feld internationaler Politik und Europa in seinem Findungsprozess. Aber auch Trump, wenn auch eher ungewollt, stärkt Europa mit seinem „Deal-Kapitalismus“ und seiner großen Vorliebe für bilaterale Abkommen, die ja grundsätzlich vom Stärkeren dominiert werden. Europa stellt dem Amerika Trumps ein mehr als adäquates Gegengewicht gegenüber. Mit Blick auf die globalen Warenströme zeigte sich 2013 der Handel innerhalb des Europäischen Binnenmarktes mit 4.569 Mrd Dollar als der stärkste (siehe Abb. 1, S.28) und manifestiert eine europäische Machtposition.

Und so gerne Trump dieses Momentum durch bilaterale Verträge mit den

einzelnen europäischen Staaten auseinanderreißen würde, so klar wurde doch gerade durch seine Politik, dass Europa nun nach vielen Krisen wieder einen politischen Meilenstein hat, an dem es sich für alle Beteiligten lohnt zu arbeiten. Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht das, was Trump beabsichtigt. Es ist auch nicht das, was man dem internationalen Handel unbedingt wünschen sollte, denn es wäre Zeit für mehr WTO und weniger bilaterale Verträge. Aber es ist auf jeden Fall eine Chance für Europa, sich durch handelspolitisches Selbstbewusstsein und selbstverständlich auch durch neue außen- und sicherheitspolitische Konzeptionen zu einem Akteur zu entwickeln, der nicht darauf wartet, ob er gerade den Interessen der Vereinigten Staaten dient.

Es ist sicher ein positives Zeichen, dass Trump im Wahlkampf TTIP nie erwähnte, sondern immer nur von TPP und NAFTA sprach und dass der amerikanische Handelsminister Willbur Ross Interesse an einer Neuauflage von TTIP signalisierte. Europa tut gut daran, die Beziehungen zu pflegen, konstruktiv im Gespräch zu bleiben und die transatlantische Gemeinschaft hochzuhalten.

Mit dem Wissen um die eigene Potenz in Handelsfragen, dem Wissen darum, dass Trumps handelspolitische Rhetorik mit den tatsächlichen Aktionen wenig zu tun hat, und es noch im-

Europas Position in Handelsfragen ist durch den **BINNENMARKT** stark.

mer eine ganze Reihe von amerikanischen Institutionen, Politikern und Bürgern gibt, für die ein offener und freier Handel Teil ihrer globalen Ordnung ist, verhandelt es sich leichter für Europa. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referatsleiterin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

und sind in einer globalisierten Welt damit aktuell.

¹⁰ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/trotz-trump-bmw-haelt-an-investitionen-in-mexiko-fest-14814679.html>

¹¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/davos/xi-jinping-in-davos-der-anti-trump/19264278.html>

¹² <http://www.zeit.de/news/2017-05/28/deutschland-merkel-sieht-in-usa-keinen-verlaesslichen-partner-mehr-28142604>

¹³ Stelzenmüller, Constanze: Besser nicht widersprechen? Es gibt sie doch: die Trump-Doktrin. Und sie ist keine gute Nachricht für Europa, in: Internationale Politik, Juli/August 2017, Nr. 4; S. 14 ff.

¹⁴ <https://www.theguardian.com/us-news/2017/may/03/rex-tillerson-america-first-speech-trump-policy>

Anmerkungen

¹ <https://keepamericaaffordable.com/>

² https://www.washingtonpost.com/politics/i-was-all-set-to-terminate-inside-trumps-sudden-shift-on-nafta/2017/04/27/0452a3fa-2b65-11e7-b605-33413c691853_story.html?hpid=hp_hp-top-table-main_trumpchaos-910pm%3Ahomepage%2Fstory&utm_term=.f8a1593fb7ca

³ <http://www.prnewswire.com/news-releases/well-over-100-businesses--trade-associations-launch-americans-for-affordable-products-to-stop-border-adjustment-tax-300400668.html>

⁴ <http://fortune.com/2017/03/08/trump-tax-plan-flaw-bat/> The BAT is designed to broaden the U.S. tax base and raise the revenue needed to fund the Republicans' pro-growth tax agenda

⁵ <https://www.nytimes.com/2017/04/25/us/politics/orrin-hatch-trump-tax-cuts-deficit-economy.html>

⁶ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streit-um-stahl-zypries-an-amerika-wir-haben-erhebliche-bedenken-15082684.html>

⁷ <http://www.cbsnews.com/news/trumps-steel-tariff-strategy-still-being-forged/>

⁸ <https://www.wsj.com/articles/trump-says-dollar-getting-too-strong-wont-label-china-currency-manipulator-1492024312>

⁹ Kenneth Waltz erweiterte mit dieser Kategorie die Theorie der Internationalen Politik. Die zentrale Frage dabei ist: Wann spürt der andere (ökonomischen) Druck? Keohane und Nye haben diese Stoßrichtung mit ihrem interdepenztheoretischen Ansatz und der Frage, wieviel Macht der Nationalstaat in einer interdependenten Welt hat, verstärkt